



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

F/X/48 - 26.2.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 039 890

Eine Kernfrage der Dreitage-Debatte	S. 1
Die holländische Partei der Arbeit und die Katholiken	S. 3
Päpstlicher Einspruch in München	S. 5

Wie war das in Berlin ?

sp - Es war gegen Ende der Berliner Konferenz, dass auf einem Empfang der Herausgeber einer großen Westberliner Tageszeitung den britischen Außenminister fragte, ob er meine, dass in den vergangenen Wochen wirklich verhandelt worden sei. Eden blickte erstaunt und indigniert auf und wandte sich ziemlich brüsk ab, ohne eine Antwort zu geben.

An diese kleine Begebenheit mußte man in den vergangenen drei Tagen immer dann denken, wenn von der Regierung und ihren Parteien der sozialdemokratischen Forderung nach Verhandlungen mit den Sowjets noch vor der Ratifizierung der Pariser Verträge immer wieder mit dem Hinweis begegnet wurde, man habe diesen Versuch ja gerade vor einem Jahr in Berlin gemacht und er sei eben an dem schlechten Willen Moskaus gescheitert. Dies war in der Tat ein Kernstück aus der Dreitage-Debatte, die mit einer verwirrenden Fülle von, wenn auch nicht immer neuen Argumenten und Gegenargumenten auf Millionen von Rundfunkhörern niederging.

Das Memorandum vom 11. November 1953

Wie war das in Berlin? Dazu zuvor eine Bemerkung, die den Ursprung dieser Konferenz betrifft. Dr. Adenauer nahm auch jetzt wieder das Verdienst für das Zustandekommen dieser Konferenz für sich in

26.2.1955

Anspruch. Während der Konferenz aber schrieb der "Tagesspiegel" eine Zeitung, die mit der Politik Washingtons und Bonns durch Dick und Dünn ging: "Im Grunde ist es ihre Konferenz", womit die SPD gemeint war. Das Blatt schrieb das in einen Augenblick, in dem die Konferenz einen ihrer Krisenpunkte erreicht hatte, um so der SPD den Widersinn ihres stetigen Verlangens nach Verhandlungen zu beweisen. In Wirklichkeit war es so, dass gerade der Bundeskanzler sich nur unter starkem Druck schliesslich mit dieser Konferenz einverstanden erklärte, weil es ihm darum ging, die Widerstände gegen die damals im Rahmen der EVG beabsichtigte westdeutsche Aufrüstung durch den Nachweis zu beseitigen, dass Verhandlungen mit den Russen zu keinem Ergebnis führen würden. Seine Erwartung, um nicht zu sagen, seine Hoffnung, war also, dass die Berliner Konferenz kein positives Ergebnis in der Deutschlandfrage haben werde. Das wiederholte, von der Regierung nie bestrittene Geheimmemorandum der Westmächte vom 11. November 1953 enthielt denn auch recht klare Richtlinien für die Verhandlungsführung in Berlin, die so gehalten waren, dass sie nach menschlichem Ermessen ein Kompromiss mit der Sowjet-Union in der Deutschlandfrage ausschliessen musste. Das Memorandum lag der Bundesregierung zur Stellungnahme vor. Sie erfolgte in einem Sinne, der diese alliierten Vorschläge billigte.

Im Sinne dieser Richtlinien ist denn auch diese Konferenz verlaufen. Sie war von Beginn an nichts anderes als eine Gegenüberstellung der verschiedenen Standpunkte. Täglich wurden damals den in Berlin anwesenden Journalisten die gegensätzlichen Reden der Delegationsführer auf den Tisch gelegt, die nichts anderes waren, als Darlegungen des eigenen Standpunktes. Dort, wo sich wirklich Berührungspunkte ergaben, wie in der Frage freier Wahlen in ganz Deutschland und der Verhandlungsfreiheit einer aus solchen Wahlen hervorgegangenen gesamtdeutschen Regierung, wurden sie nicht weiter verfolgt. Unbestritten war damals in allen Konferenzkreisen, dass sich das Hauptinteresse beider Seiten nicht auf die Lösung der Deutschlandfrage bezog, sondern auf die Klärung der Situation im Fernen Osten, in erster Linie auf die Beilegung des Heissen Krieges in Indochina. So war denn auch die Vereinbarung einer Konferenz in Genf, die dieses Problem lösen sollte und später auch löste, schliesslich das einzige positive Ergebnis in Berlin.

Kronzeugen der Wahrheit

Dass die Deutschlandfrage in Berlin schliesslich ganz in den Hintergrund rückte, wurde schon auf der Konferenz selbst sonnenklar, wenn man sich auch offiziell scheute, das auszusprechen. Nur wenige fanden frühzeitig den Mut dazu, später wurden es freilich immer mehr. So schrieb schon am 3. März 1954, also unmittelbar nach der Konferenz, Josepa C. Harsch, der Washingtoner Senderkorrespondent des "Christian Science Monitor", einer Zeitung, die mit "New York Times", "New York Herald Tribune", "Washington Post" und einigen anderen zu den ernsthaftesten politischen Tageszeitungen in den USA gehört und die wegen ihrer guten Informationen und ihrer Auslandskorrespondenten in aller Welt eine Millionenauflage hat:

"Die Wahrheit ist, dass die westlichen Diplomaten in Berlin

26.2.1955

nicht begieriger waren, Deutschland jetzt freizugeben, als es die sowjetischen Führer waren. Jede Seite klagte die andere wegen der Nichtfreigabe Deutschlands an. Aber es gab schließlich einen tiefen Seufzer der Erleichterung über die Nichtfreilassung Deutschlands in Paris, London und Washington ebenso wie in Moskau."

Und in England bemühten sich etwa zur gleichen Zeit die ernsthaftesten Zeitungen, wie die "Times" und der "Manchester Guardian" um Objektivität. Beide kamen zu der Feststellung, dass keine von den vier Mächten zu echten Verhandlungen über die Wiedervereinigung bereit war, dass nicht nur Molotow, sondern auch die westlichen Außenminister den Status quo zu verändern nicht willens waren. Und der schon erwähnte "Christian Science Monitor" schrieb wörtlich:

"Es ist hart für Deutschland und Österreich, dass sie den hauptsächlichsten Preis dafür bezahlen müssen, dass eine Zunahme der Weltspannungen vermieden wird. Die Last fällt weitgehend auf sie deswegen, weil ihnen die Befreiung, die Einheit und die Unabhängigkeit verweigert wird, die sie beide so sehr wünschen."

In der Zwischenzeit sind zahlreiche andere ähnliche Äußerungen dieser Art gefallen. Die These, dass Berlin ein wirklich ernsthafter Versuch war, die Deutschlandfrage in einem für alle Beteiligten, also vor allem auch für Deutschland, vertretbaren Sinn zu lösen, kann heute nicht mehr aufrecht erhalten werden. Gerade deshalb ist es unerlässlich, dass der damals gar nicht gemachte Versuch jetzt unter neuen weltpolitischen Aspekten und auch einer weitgehend veränderten Situation in der Sowjetunion erneut unternommen wird. Dazu bedarf es freilich eines konkreten und diskussionsfähigen Verhandlungsprogramms, auch auf der Seite des Westens. Die Note der Westmächte vom 29. November vorigen Jahres bietet keine ausreichende Verhandlungsgrundlage, denn sie ist noch ganz von dem Geist beseelt, in dem die Westmächte schon in die Berliner Konferenz gegangen waren. Ob bei den Sowjets ein neuer Geist vorhanden ist, könnte erst in Verhandlungen selbst geklärt werden. * * *

Stahlwerker von Riesa und Leipziger Arbeiter für SPD-Haltung

sp - Die Bundestagsdebatte über die Pariser Verträge wurde gerade von der Bevölkerung der Sowjetzone mit großer Spannung verfolgt. Aus dem Stahlwerk Riesa wird und bekannt, dass es nach dem ersten Verhandlungstag zu erregten Diskussionen unter der Arbeiterschaft kam. Die meisten Arbeiter vertraten die Auffassung, eine Ratifizierung der Pariser Verträge würde in kürzester Zeit zu einer "völligen Isolierung der Zone" führen. Die Arbeiter wiesen darauf hin, dass die Zonenregierung schon jetzt Vorbereitungen trafe, um im Falle einer Ratifizierung den "Eisernen Vorhang" wieder zu schließen, um alle Erleichterungen rückgängig zu machen, die durch den JuniAufstand 53 erkämpft worden waren. Aus katholischen Kreisen Leipzigs war zu erfahren, dass die Haltung Adenauers Enttäuschung hervorgerufen habe. Adenauer setze das Gelingen seiner starren Politik mit der Rettung Deutschlands gleich - obgleich ein solches Gelingen für die Zone das glatte Gegenteil sei. * * *

Willi Eichler : Um die Gewissensfreiheit

Katholische Sozialisten Hollands bleiben in der Partei der Arbeit

Eine grundsätzliche, und für jedes demokratisch-staatliche Leben entscheidende Frage ist dieser Tage durch einen Beschluß der Katholischen Arbeitsgemeinschaft innerhalb der niederländischen Partei der Arbeit beantwortet worden. Sie hat leider kaum den Widerhall hervorgerufen, der ihrer Bedeutung entspricht. Die Partei der Arbeit ist die Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale, die ihren organisatorischen Aufbau nach 1945 insofern geändert hat, als ihr neben den einzelnen Mitgliedern auch besondere Gruppen von Mitgliedern angehören - mit besonderen Zeitschriften und Arbeitskreisen.

Einer dieser Arbeitskreise ist die Katholische Arbeitsgemeinschaft, die ursprünglich aus den am Widerstand gegen die Naziherrschaft in Holland beteiligten Katholiken bestand. Die Gemeinsamkeit der Ideale und ethischen Überzeugungen der Katholiken in dieser Widerstandsbewegung mit denen anderer Gruppen der Widerstandskämpfer, insbesondere der sozialistischen, hatte die Überzeugung vertieft, dass für die politische Sicherung staatlicher und gesellschaftlicher Freiheiten, für die Durchsetzung sozialer Gerechtigkeit und für die Umformung der Klassengesellschaft in eine solidarische Ordnung konfessionelle Verschiedenheiten kein Hemmnis sein dürften.

Die Zusammenarbeit zwischen Katholiken, Protestanten und Eumanisten war ausgezeichnet. Sowohl die einzelnen Gruppen, als auch die Partei selber, hatten offenbar Grund zur Zufriedenheit, und insbesondere die katholisch bevölkerten Teile Hollands reagierten auf diese Entwicklung der Partei der Arbeit positiv, wie die Welle in Brabant und Limburg zeigte.

Das war offenbar einer der Gründe, weshalb die katholischen Bischöfe der Niederlande vor einigen Monaten eine scharfe Erklä-

rung gegen die Zugehörigkeit von Katholiken zu nicht-katholischen Arbeiterorganisationen herausgaben. Die schärfste Stelle dieser Erklärung lautete:

"Wir halten daran fest an der Bestimmung, dass einem Katholiken, von dem bekannt ist, dass er Mitglied einer sozialistischen Vereinigung ist, oder dass er - ohne Mitglied zu sein - doch regelmäßig sozialistische Schriften oder Zeitungen liest, oder sozialistischen Versammlungen bewohnt, die heiligen Sakramente verweigert werden müssen und, wenn er ohne Bekehrung stirbt, auch das kirchliche Begräbnis."

Die katholischen Sozialisten wurden also in den härtesten Gewissenskonflikt getrieben, in den man sie überhaupt versetzen konnte. Sie haben sich die Antwort auf diese Entscheidung der Bischöfe nicht leicht gemacht. Aber sie haben sich entschlossen, in der Partei der Arbeit zu bleiben unter der Berufung darauf, dass in politischen Entscheidungen das Urteil der Bischöfe sie nicht binden könne. Ihr auf dem Parteitag der Partei der Arbeit verkündeter Beschluss, in der Partei zu bleiben, wurde mit Recht als ein bedeutsamer Schritt in der Richtung auf die politische Mündigkeitserklärung der Christen angesehen. Ich habe selten erlebt, dass ein Parteitag die Willenserklärung einer Gruppe seiner Mitglieder über eine echte Gewissensfrage mit größerem Ernst und tieferer Begeisterung aufnahm.

Wir sind überzeugt, dass damit ein Weg beschritten wurde, der für die demokratische Bewußtseinsbildung der Staatsbürger, der Sozialisten und aller konfessionell gebundenen Menschen von außerordentlicher Bedeutung sein kann, weil hier endlich ernst gemacht wird mit einer klaren Abgrenzung dessen, was in den säkularen und was in den sakralen Bereich gehört.

Alter Streit neu aufgelebt

Rw., München

Als nach den letzten Landtagswahlen in Bayern die sogenannte Viererkoalition gebildet wurde, war es ohne weiteres klar, dass die Hauptaufgabe dieser neuen Regierung sein würde, die seit Jahren streitbar diskutierte aber festgefahrene Frage der Lehrerbildung zu lösen. Allerdings, wenn es nur um die im Parlament aufscheinenden Streitfragen gegangen wäre, so hätte eine Lösung nicht allzu schwer erscheinen können. Auf der einen Seite, die von dem in konfessionellen Fragen zu keinem Kompromiss geneigten Prälaten Meixner geführte CSU und auf der anderen Seite, mit gewissen aber nicht wesentlichen Unterschieden alle anderen Parteien der gegenwärtigen Koalition. Die CSU verfißt seit Jahren das Ziel, die Lehrerbildung in rein konfessionell ausgerichtete Akademien aufzuteilen. Die anderen Parteien sind der Auffassung, dass die von simultanen Gymnasien kommenden Lehramtsbewerber auch auf Pädagogischen Akademien ausgebildet werden, in deren Bereich nur die religionsphilosophischen Fächer getrennt sein sollen.

Das unmittelbare Ziel der bayrischen Viererkoalition ist also keineswegs umstürzlerisch oder gar geistig revolutionär im Sinne einer Auseinandersetzung über religionsphilosophische Auffassungen als Unterrichtsstoff oder als glaubensmässige Unterweisung. Dennoch ist die Auseinandersetzung über den Gesetzentwurf der Koalitionsparteien nicht nur sehr heftig, sondern hat bereits den Rahmen der innerbayrischen Diskussion gesprengt. Der Heilige Stuhl hat protestiert und wie nicht anders zu erwarten, ist auch der alte Streit um die Auslegung des deutschen und des italienischen Textes des bayrischen Konkordats von 1924 neu aufgelebt.

Hinter diesem Streit um Worte und Übersetzungen steht allerdings, was man bereits offen ausgesprochen hat, auch das recht materielle Interesse einer nicht kleinen Zahl klösterlicher Lehrerinnen-Bildungsanstalten, die sich in ihrer Existenz gefährdet fühlen. Es wurde der Koalition bereits offen vorgeworfen, dass sie die Schwe-

stern dieser Anstalten nunmehr brotlos machen wolle. Damit hat man eine der Grundfragen angeschnitten, die von der katholischen Kirche in Deutschland seit Kriegsende immer wieder aufgegriffen wird. Nach ihrer Auffassung ist das Schulwesen mit oder ohne Konkordat nicht eine Aufgabe des Staates, sondern bestenfalls eine sogenannte "gemischte Angelegenheit", die Staat und Kirche angehen. Der bekannte Prälat Böhler, der seit Jahrzehnten als Autorität auf diesem Gebiet angesehen wird, vertritt zudem die Ansicht, dass Schule und Bildung sogenannte Subsidiärangelegenheiten seien. Sie obliegen dem Staate nur insofern als Familie und Kirche sie nicht voll zu lösen in der Lage sind.

Das Subsidiärprinzip bestimmt, wie bekannt, auch die spanische Schulpolitik seit dem Siege des General Franco im Jahre 1939. Das Ergebnis kann an den Hoher Zahlen der Analphabeten in Spanien abgelesen werden. Dessen ungeachtet gibt es klösterliche Lehrerbildungsanstalten nicht einmal in Franco-Spanien. Es soll mithin Bayern auf einem Niveau kirchlichen Einflusses im Schulwesen gehalten werden, der selbst in Spanien, einem Land, in dem der Begriff der Staatsreligion gesetzlich festgelegt ist, nicht erreicht wurde.

Die Drohungen mit völkerrechtlichen Komplikationen, die als letztes Argument von der CSU ins Feld geführt werden, hat bisher selbst in der vorwiegend katholisch beeinflussten Bayernpartei wenig Eindruck gemacht. Unabhängig von Glaubensfragen, die hier eigentlich nicht im Vordergrund stehen, zeigt sich, dass es auch im katholischen Bereich einen klerikalen Flügel, der allerdings in der CSU nach wie vor bestimmend ist, und andere Kreise gibt, die zwar der Kirche viel zugestehen, ihr jedoch die bisher geübte direkte Einmischung in innerbayrische Fragen der Gesetzgebung nicht mehr gestatten wollen.

Da der auf dieser Grundlage ausgearbeitete Gesetzentwurf der Viererkoalition in den Ausschüssen kaum wesentliche Veränderungen erfahren dürfte, ist also mit seiner Verabschiedung im Sinne der von konfessioneller Zugehörigkeit unabhängigen Lehrerbildung in Bayern auf eigenen Hochschulen zu rechnen. Daran werden der Einspruch der Bonner Nuntiatur und noch weniger der, schlecht begründete, Protest des bayrischen evangelischen Landeskirchenrates etwas ändern.